KOPIE

Schulausschuss am 22.10.2010;
TOP: Erweiterung des schulischen Ganztagsangebotes in Nürnberg
hier: Städtische Peter-Vischer-Schule

I. Am 22.10.2010 soll im Schulausschuss u.a. die Erweiterung des schulischen Ganztagsangebotes in Nürnberg bei der städtischen Peter-Vischer-Schule (PVS) behandelt werden. Die Vorlage ist im Kontext mit den Ergebnissen des Bildungsgipfels vom Februar 2009 zu sehen, die im Schulausschuss am 08.05.2009 bzw. am 16.04.2010 behandelt wurden.

Im Schulausschuss vom 08.05.2009 wurden u. a. die Ergebnisse des Bildungsgipfels, sowie die staatlichen Planungen der Ganztagsangebote von SchA auf Nürnberg übertragen: „An jeder Realschule und jedem Gymnasium soll ab dem Schuljahr 2009/10 bis zum Schuljahr 2013/2014 ein gebundener Ganztagszug in Klasse 5 und 6 aufgebaut werden. Eine Option der Verlängerung bis Klasse 7 oder 8, in Ausnahmefällen bis Klasse 10, ist vorgesehen. Außerdem sollen an jeder Realschule und jedem Gymnasium ein offenes Ganztagsangebot ab Klasse 7 installiert werden. Landesweit wird dabei von 865 Ganztagsgruppen an den 405 Gymnasien und 640 Ganztagsgruppen an den 356 Realschulen gesprochen. Auf Nürnberg übertragen würde die staatliche Planung für die Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 aufwärts stadtweit an den öffentlichen Gymnasien 26 offene Ganztagsgruppen und an den öffentlichen Realschulen 11 offenen Ganztagsgruppen bedeuten. Zusätzlich wären für die 5. und 6 Jahrgangsstufe insgesamt 26 Klassen im gebundenen Ganztagesbetrieb der 13 Gymnasien und insgesamt 12 Klassen im gebundenen Betrieb der 6 Realschulen zu bilden."

Zur Einrichtung von weiteren gebundenen Ganztagsangeboten an Gymnasien und Realschulen in Nürnberg wurde in dieser Sitzung folgender Beschluss gefasst: „Der Schulausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, für den weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagsangebote in Nürnberg die städtische Peter-Vischer-Schule (Gymnasium und Realschule) zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Konzepte vorzulegen und die Gesamtfinanzierung darzustellen."

Im Schulausschuss vom 16.04.2010 wurde die Weiterentwicklung der Ganztagsangebote in Nürnberg weitergehend behandelt – darin war enthalten: „Die Klassen der städtischen Schulen in gebundener Ganztagsform (z. Zt. SG, AKR, geplant PVS) werden gemäß gesonderter Beschlüsse gebildet."

Im Zusammenhang mit der Vorlage für den Schulausschuss am 22.10.2010 ergeben sich aus Sicht von Ref. II / Stk folgende Anmerkungen / Fragestellungen:

- Die im Februar 2009 festgelegten Eckpunkte für den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsschule sehen u.a. vor, dass an jeder Realschule und an jedem Gymnasium ein gebundener Ganztagszug in den Jahrgangsstufen 5 und 6 aufgebaut werden soll. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit eröffnet, die gebundenen Ganztagszüge in den Jahrgangsstufen 7 und 8, unter besonderen Voraussetzungen auch in den Jahrgangsstufen 9 und 10, an der Hälfte der Realschulen und Gymnasien fortzuführen. Nach unserer Interpretation des Bildungsgipfels besteht alternativ zur Fortführung der gebundenen Ganztagszüge über die Jahrgangsstufe 6 hinaus die Möglichkeit, jahrgangsübergreifende Gruppen (offene Form) an jeder Realschule und an jedem Gymnasium bis inkl. der Jahrgangsstufe 10 beizubehalten bzw. auszubauen.

SchA wird gebeten darzustellen, inwieweit sich der Ausbau auf Basis der bereits gefassten Beschlüsse, aber auch auf Basis der schon absehbaren weiteren Ausbauziele, im Rahmen des Bildungsgipfels bewegt. Insbesondere sollte ersichtlich sein, wieweit die Möglichkeit der Fortführung der gebundenen Ganztagesklassen über die Jahrgangsstufe 6 hinaus genutzt wird (werden soll) und wie sich in der Folge die Anzahl der offenen Angebote verändern wird.

- Auf die Problematik, dass die Stadt Nürnberg für Ganztagsmaßnahmen an eigenen Schulen deutlich höhere Kosten zu tragen hat (für eine gebundene Ganztagsklasse/-gruppe an einer staatlichen Schule 6.000 €, an einer städtischen Schule rund 40.000 € pro Jahr) wurde in einer Stellungnahme von Ref. II zur Schulausschussvorlage vom 16.04.2010 bereits hingewiesen. Dennoch sind bei den gebundenen Ganztagsmaßnahmen an Gymnasien und Realschulen die städtischen Schulen weit überproportional vertreten.

- Überlegungen, inwieweit mit der zusätzlichen Einrichtung von gebundenen Ganztagsklassen bisher offene Angebote reduziert werden können, werden nicht dargelegt. Auch die Kostendarstellung für die Ganztagsmaßnahme PVS beinhaltet keine Gegenrechnung für den Wegfall von 6 Klassen/Gruppen im offenen Ganztagsbetrieb.

- Die voraussichtlichen (Um-)Baukosten dürften erheblich sein. In der Vorlage sollte zumindest eine vorsichtige erste Kostenannahme die Größenordnung der notwendigen Ausgaben aufzeigen.

- Absehbar ist offensichtlich schon jetzt, dass der mit dem Ganztagsbetrieb in dem Umfang entstehende Raumbedarf auf dem Schulgelände nicht befriedigt werden kann. Aus diesem Grund lägen unserer Ansicht nach Überlegungen nahe, die Anzahl der in den Ganztag zu überführenden Klassen zu reduzieren. Zumindest müssten aber auch andere Alternativen zu der bisher auch aus Kostengründen präferierten Konzentration von Ganztagsmaßnahmen an einer Schule geprüft werden. Diese Abwägungen sind zumindest aus der Vorlage nicht ersichtlich.

- Vom Sozialreferat wurde an verschiedenen Stellen auf mögliche konzeptionelle und inhaltliche Überschneidungen von Ganztagsmaßnahmen und Angeboten des Jugendamtes hingewiesen. Auch hier ist aus der Vorlage nicht ersichtlich, ob eine entsprechende Abstimmung stattgefunden hat.

- Der Vollständigkeit halber sei hier auch noch einmal darauf hingewiesen, dass der Ansatz von 12 Lehrerwochenstunden die staatliche Regelung (bei Realschulen/Gymnasien 8 Lehrerwochenstunden) überschreitet.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass mit der Vorlage Entscheidungen vorbereitet werden sollen, die insbesondere in der Kostenfolge erheblich sind. Deshalb sollten die Gründe für diese Ausweitungen, alternative Vorgehensweisen aber auch die ganz erheblichen Ausgaben, die mit den entsprechenden Umbaumaßnahmen an der Peter-Vischer-Schule verbunden sein werden, deutlicher dargelegt werden.

Ref. II macht den Stadtrat in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die mit diesem Ausbau verbundene dauerhafte Ausgabenausweitung eine Konsolidierung des Haushalts bzw. den Abbau der Verschuldung weiter deutlich erschweren wird!

II. 3. BM / SchA z.w.V.

Nürnberg, 05.10.2010
Finanzreferat

-2856-

Abdruck vorab an:
SchA
BgA